

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 29. 29 Jahrg.

14. Juli 1916.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weirpostvereins 1,26 Mk.

Redaktion: Paul Lange, Berlin N 24, Elsaßerstr. 86-88 1/1
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Augustastraße 8-9 — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Bei Abrechnung nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt.

Hauptteil: Verbandskollegen! Jeden Tag werden noch weitere Kollegen zum Kriegsdienst eingezogen. Mehr Uneigennützigkeit! Willy Grasmüller: Rundschau. — **Allgemeines:** Zum Arbeitsnachweis des Schutzverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer. Jahresbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Wie werden sich die Löhne nach Friedensschluß gestalten? — **Die Tapetenbranche:** Arbeiterschädigende Vorschläge aus der Tapeten-Industrie. — **Feuilleton:** Eine Erinnerung. Vom Büchertisch. — Anzeigen.

Mehr Uneigennützigkeit.

Als unser Hauptvorstand bei Kriegsbeginn schweren Herzens gezwungen war, zu Gunsten der Stellenlosenunterstützung die statutarischen Bestimmungen zum großen Teil aufzuheben und damit den völligen Zusammenbruch der mit so vieler Mühe aufgebauten Organisation verhütete, mußte jeder treue Kollege und Verbandsfreund mit Bedauern und Erstaunen sehen, wie so viele Mitglieder es immer noch gibt, die trotz jahrelanger Mitgliedschaft, trotz aller Agitation in Wort und Schrift, trotz eines oft weniger als mäßigen Lohnes ihre eigenen Interessen nicht wahrzunehmen wissen. Ja, man gewann sogar den Eindruck, als ob jene, die seinerzeit es so eilig hatten mit ihrem Austritt, die weise Vorstandsmaßregel als willkommene Gelegenheit begrüßten, um endlich einen »triftigen« Grund zu haben, von dem unbequemen Verband loszukommen. Denn die Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation verlangt als erstes Gebot die Solidarität, das ist die schöne Pflicht des Eintretens für die Interessen der Mitkollegen. Ob es sich verlohnt, hier auf die vielen fadenscheinigen Gründe zum Austritt näher einzugehen? Sind es doch dieselben faulen Eier, die man uns schon vor 25 Jahren zu kosten bot. Dem einen sind die Leistungen gegenüber den Beiträgen zu gering. Diesem Gemütsmenschen möchten wir einen Fall entgegenhalten, der sich jüngst in einer großen Druckerei ereignete.

Ein Kollege und vieljähriges Mitglied glaubte auch, endlich auf glimpfliche Art aus dem Verband herauszukommen. Er trat aus, wurde aber gleich darauf schwer krank und starb nach einigen Monaten. Da er Monatsgehalt bezog und dieses zunächst weiter ging, hatte er während seiner Krankheit vorderhand allerdings keine große Geldnot, obwohl er die Verbandsunterstützung schon seiner Kinder wegen sehr gut hätte brauchen können. Umso mehr als ihm sein Gehalt von seinem Prinzipal nur wider willig gegeben wurde. Eine häßliche Situation für einen empfindlichen, schwerkranken Menschen. Und nun steht die Witwe mit ihren Kindern mittellos da zufolge der Gedankenlosigkeit ihres Verstorbenen. Wie bitternötig könnte die Frau jetzt die Verbandsunterstützung brauchen; denn die geringfügige Unterstützung durch den Unternehmer, bei dem der Verstorbene lange Jahre angestrengt tätig war, langt nicht hin und nicht her.

Den Anderen sind die »hohen Gehälter der Angestellten« ein Stein des Anstoßes; sie verdienen ihnen zuviel und »mästen sich auf Kosten der Mitglieder.« Auch dies Argument ist reichlich alt und überliehrend. Seltensame Gewerkschaftler, die nicht stolz darauf sind, ihre An-

gestellten halbwegs ausreichend — denn weiter ist es doch nichts — bezahlen zu können. Hohe Gehälter zum mästen bezahlt überhaupt keine Gewerkschaft. Es ist doch eine der wichtigsten Aufgaben der modernen Gewerkschaften, die Löhne der Arbeiter auf eine ausreichende, den Lebensbedürfnissen angemessene Höhe zu bringen. Wie töricht und unlogisch nun, wenn wir unsern Angestellten gegenüber unsere Hauptgrundsätze mit Füßen treten aus bloßer Mißgunst, und weil ein großer Teil der Kollegen mit ihrem Einkommen leider im Rückstand ist. Wir führen den Unternehmern gegenüber Beschwerde über zu

Verbandskollegen! Jeden Tag werden noch weitere Kollegen zum Kriegsdienst eingezogen. So mancher Funktionär des Verbandes befindet sich darunter. Gern und willig muss sich hierfür Ersatz zur Verfügung stellen. Für jeden Kollegen, der nicht zum Militär einberufen wird, erwächst die doppelte Pflicht, an der Erhaltung unseres Verbandes mitzuwirken. Kein Kollege darf in den Versammlungen fehlen. Alle haben über die zukünftigen Arbeiten der Organisation mit zu entscheiden. Die im Kriegsdienst befindlichen Kollegen hoffen bei ihrer Rückkehr den Verband wohl erhalten wieder zu finden. Tue daher jeder seine Pflicht!

niedrige Löhne, mit der zutreffenden Begründung, daß dabei auch unsere Arbeitsfreudigkeit verloren geht. Trifft denn dies Argument nicht auch bei unseren Angestellten zu? Auch sie wollen und sollen unter allen Umständen für ihre Tätigkeit ausreichend bezahlt werden, denn ihr Gehalt ist eine gute Kapitalanlage und ihre Arbeitsfreudigkeit kommt uns allen zu gute. Eine Gewerkschaft muß auch in diesem Punkte mustergültig sein. Wie sollen überhaupt die Angestelltengehälter stikuiert werden? Der eine Unzufriedene hat 33 Mk., der andere 30 Mk., ein dritter 27 Mk. Wochenlohn. Welcher dieser Löhne soll nun beispielsweise als Norm bei der Gehaltsfestsetzung für die Angestellten gelten, ohne daß es zu beschämenden Nörgeleien kommt?

Besser wäre es und klüger, die Herren Nörgler würden die Augen aufmachen, damit sie sich nicht durch die Unternehmer und deren Kreaturen mittelst der Leimrute sogenannter Kriegsunterstützungen sich in die gefügigen gelben Werkvereine locken lassen. Denn auch die Zugehörigkeit zu diesen erlesenen Gebilden oder deren ebenso gelben Geschwistern, die Geschäftsgesangvereine, schützt sie nicht vor böartigen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse. Ebenso wenig, wie sie dadurch vor plötzlichen Entlassungen geschützt sind, wenn die Herren Arbeitgeber wieder einmal in einem Anfall von Kopflosigkeit ihre Betriebe kurzerhand schließen, wie vielerorts bei Kriegsbeginn.

In der Tat, an der Haltung mancher unserer Herren Prinzipale mußte man, trotz Berücksich-

tigung der mildernsten Umstände, als krankhaftes Mißtrauen gegen die Arbeiter, verknöcherte Habgier und sonstigen Perversitäten erkennen, wie es eigentlich um ihre glorreiche Arbeiterfreundlichkeit bestellt ist und wie wenig Geist im Grunde genommen dazu gehört, einem finanziell solid fundierten Großbetrieb als Chef vorzustehen, wenn nur das Personal tüchtig eingearbeitet ist. Ein beschränkter Tütenkrämer konnte nicht kopflöser handeln in jener Zeit, als mancher Inhaber eines Großbetriebes. Ganz ohne zwingenden Grund wurden die Betriebe geschlossen; die Arbeiter, ob gelb oder rot, entlassen, obwohl genügend angefangene und eilige Aufträge zu erledigen waren, und Mangel an Materialien nicht vorlag. Also auf die Gunst ihrer Prinzipale sollten unsere Verbandsnörgler nicht allzuleist vertrauen. Es ist ja leider Tatsache, daß manche Unternehmer die gegenwärtige Schwäche einer Arbeiterorganisation benützen, um arglöstig längst geplante Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen einzuführen. Sie wagen es trotz des Burgfriedens, weil ein großer Teil der besten Gewerkschaftler im Felde steht und Leben und Gesundheit für staatliche und kapitalistische Interessen opfert. Sie wagen es, weil sie durch den Austritt unserer Verbandsnörgler in ihrem Vorgehen unterstützt werden. Schon aus diesem Grunde sollten wir uns fester und inniger denn je unserer Organisation anschließen, die die Feldgrauen unserer Obhut anvertraut haben.

Was werden die Rückkehrenden sagen, wie werden sie sich zu den Verbandsflüchtigen stellen? Es kann doch unmöglich für einen feinfühlenden und klardenkenden Arbeiter erfreulich sein, beschuldigt zu werden, die Interessen seiner Kollegen verraten zu haben und von ihnen mit Abneigung und Mißtrauen betradtet zu werden. Die Rückkehrenden werden auch forschen, ob diejenigen, die so glücklich waren, in ihrer bisherigen Stellung verbleiben zu können, immer bestrebt waren, den entlassenen Kollegen in ihre Stellungen wieder hineinzuverhelfen. Wenn irgendwo Arbeiten vorliegen, die bisher in der Regel von den Entlassenen ausgeführt wurden, so dürften solche Arbeiten unter keinen Umständen an jene abgegeben und von denen in Angriff genommen werden, die in ihrer Stellung verbleiben konnten, solange die Entlassenen noch stellungslos sind. Und haben sie anderweitig Stellung gefunden, so müssen sie von Fall zu Fall unterrichtet und gefragt werden, ob sie es vorziehen, zur Erledigung der vorliegenden Arbeiten auf ihren alten Platz zurückzukehren, und erst im Falle der Ablehnung dürften die anderen Kollegen die betreffenden Arbeiten übernehmen. Es ist überhaupt selbstverständlich, daß sowohl die Kollegen als deren Vorgesetzte wachsam darauf sehen, damit die wegen Mangel an Arbeit Entlassenen, sobald es angeht, in ihre Stellungen zurückkehren. Hierüber wird noch manch ernstes Wort zu reden sein, und auch darüber, wie weit die Rücksicht zu gehen hat gegen jene, die in der höchsten Not den Hort der Kollegenschaft, ihre Organisation, aus Eigennutz im Stiche ließen.

gn.

Willy Grasmüller. †

Wieder einer der Besten gefallen! Es hat den Anschein, als hielt der Tod eine Auslese und suchte sich gerade die besten und energischsten, die schon in der Jugendzeit ihre Energie im wirtschaftlichen Kampfe bewiesen haben, zum Opfer. Kollege Willy Grasmüller war seinerzeit Mitglied unserer Lehrlings-Kommission und von Lehrlingsseite aus die »Seele« dieser Abteilung, ebenso auch der gesamten Saalfelder Jugendabteilung. Unermüdet war er bestrebt, die Lehrlinge in die Versammlungen zu bringen, was bei den hiesigen eigenartigen Verhältnissen wahrlich nicht leicht ist. Nach den Lehrlingsjahren kamen die Wanderjahre und dann der Weltkrieg. Adtzehn volle Monate hat unser wertester und stahlharter Kollege auf fast allen Kriegsschauplätzen mutig gekämpft und es dabei zum Inhaber des eisernen Kreuzes gebracht. Bei einem Sturmangriff auf dem westlichen Kriegsschauplatz ist er leider gefallen. Die schwergeprüfte Mutter des gefallenen Kollegen hat im vorigen Jahre ihren ersten Sohn, einen Buchdrucker, im Kriege geopfert, in diesem Jahre stand sie erst kürzlich am Sterbelager ihres Mannes, und gleich darauf verliert sie auch noch ihren zweiten Sohn, einen Steindruckler, im Kriege. Schicksalsschlag auf Schicksalsschlag! Möge der Schweregeprüften die aufrichtige Teilnahme aller Kollegen und Genossen Trost im Leide geben. Unserem Willy werden wir alle ein treues Andenken bewahren. Wohl dir! Ward der Leib des Todes Staub — Deine jungen Taten leben über deines Hügel's Staub. Deine Lorbeer'n bleiben grünen immerdar, der Jugend Bild. . . . M. I.

Rundschau.

Teuerungszulagen. In Stettin sind als weitere Teuerungszulagen die folgenden zu verzeichnen: Die Firma F. M. Lenzner bewilligte 3 Kollegen je 2 Mk. pro Woche, die Firma Felix Müller einem Kollegen 3 Mk., die Firma H. Sussenbith einem Kollegen 4 Mk., die Firma M. Bauchwitz bewilligte einem Kollegen 1 Mk. und die Firma Hencles in Stargard i. P. bewilligte den Kollegen 1 Mk. Teuerungszulage pro Woche. Einige dieser Firmen haben in der Kriegszeit schon einmal Zulagen gewährt.

Geschäftsergebnisse. Kunst- und Verlagsanstalt Wezel & Naumann A.-G., Leipzig. Wie der Geschäftsbericht mitteilt, konnte infolge des Krieges ein Gewinn nicht erzielt werden. Zwar ist es gelungen, durch Schaffung neuer Artikel, welche sich recht gut einführen, einen den Verhältnissen entsprechenden Umsatz zu erzielen, die erwarteten Vorteile konnten jedoch nicht zum Ausdruck kommen, weil die erforderlich gewordenen Anschaffungen den Gewinn erheblich kürzten. In dem Zeitzer Betrieb haben sich die Nachwirkungen des Brandes, welcher eine langandauernde BetriebsEinstellung veranlaßte, schädigend gezeigt. Der Betrieb ist jetzt wieder in früherer Weise im Gange und berechtigt für das neue Geschäftsjahr. dessen Umsatz den vorjährigen bis jetzt ganz erheblich überholt hat, zu guten Aussichten. Nach 64 110 Mk. (i. V. 69 078 Mk.) Abschreibungen ergibt sich ein Verlust von 28 470 Mk., der mit 7 339 Mk. aus dem Vortrag gedeckt und mit dem Rest von 21 131 Mk. neu vorgetragen werden soll. — Vereinigte Kunststiftung Akt.-Ges. vormals Otto Treitzsch in Berlin-Schöneberg. Dem Geschäftsbericht für 1915 zufolge schloß das Unternehmen mit einem neuerlichen Verlust von 33 687 Mk. (1914: 262 644 Mk.) ab, der aus der im Jahre 1914 gebildeten Rücklage für Kriegsschäden in Höhe von 70 000 Mk. gedeckt werden soll, so daß auf diesem Konto für weitere Kriegsschäden noch 36 312 Mk. verfügbar bleiben, während der frühere Verlustvortrag von 306 325 Mk. unverändert fortbesteht. Im Bericht der Verwaltung wird u. a. folgendes ausgeführt: »Die Fortdauer des Krieges und die auf seinen Folgeerscheinungen beruhende Verteuerung aller notwendigen Lebensbedürfnisse hatte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weitere starke Verminderung unseres Umsatzes zur Folge. Dazu kam, daß alle Rohstoffe im Laufe des Berichtsjahres erheblich im Preise gestiegen. Erhöhung der Verkaufspreise, wie in anderen Geschäftszweigen, ist bei unseren Waren fast undurchführbar.« In der Bilanz erscheinen u. a.: Waren mit 238 074 Mk. (237 684 Mk.), Außenstände mit 172 314 Mk. (168 329 Mk.) und Verbindlichkeiten mit 69 377 Mk. (67 654 Mk.). — Neue Photographische Gesellschaft in Berlin-Steglitz. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluß, wonach sich der Verlustvortrag aus dem Jahre 1914 von 729 453 Mk. auf 725 348 Mk. ermäßigt. Die Verwaltung teilte mit, daß der Wertpapierbestand in Höhe von 55 280 Mk. in der Hauptsache aus eigenen Obligationen der Gesellschaft bestehe. Die Buchforderungen enthielten u. a. einen Posten von 260 000 Mk. betreffend eine Forderung an die Firma Ebbinghaus. Bei dem Konto Rohmaterialien, das mit 315 950 Mk. in die Bilanz eingestellt ist, sei in Betracht zu ziehen, daß die Gesellschaft sich reichlich mit Rohstoffen eingedeckt hat, was ihr sehr zustatten kommen werde.

Hieraus erkläre sich das Anschwellen der Buchschulden. Im laufenden Jahre haben sich die Umsatzziffern recht erheblich gesteigert, es sei jedoch nicht abzusehen, ob die Preise für Rohstoffe und deren Beschaffung derart sein werden, wie es zu gedeihlicher Fortentwicklung nötig ist. Wenn die Geschäfte sich in derselben Weise weiter entwickeln, so glaube die Verwaltung ein nicht unbefriedigendes Ergebnis zu erzielen. Allerdings lasse sich noch nicht übersehen, wie das Positkartengeschäft der Gesellschaft durch die Erhöhung des Portos beeinflusst wird. Für den aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Dr. Hjalmar Schacht wurde Direktor Ludwig Bloch (Dresdener Bank) neugewählt. Das im Ausland befindliche Aufsichtsratsmitglied de Vico wurde nicht wiedergewählt. — Kunst- und Verlagsanstalt Schaar & Dathe Komm.-Ges. a. Akt. in Trier. In dem am 31. Dezember 1915 abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte die Gesellschaft einen Warenerlös von 365 850 Mk. Nach Abzug der Unkosten, Abschreibungen usw. bleibt ein Überschuß von 31 112 Mk., um den sich der vorjährige Verlustvortrag von 708 005 Mk. auf 676 893 Mk. verringert. Das Aktienkapital beträgt 100 000 Mk.

Zu Gustav Freytag's 100. Geburtstag am 13. Juli. Einer der bedeutendsten Schriftsteller und Dichter, der Schlesier Gustav Freytag, erblickte vor hundert Jahren das Licht der Welt. Fast ein halbes Jahrhundert verlebte Freytag den Sommer in Siebleben in Thüringen, in einem Hause der »guten Schmiede«, worin schon Goethe und Karl August einkehrten. Den Winter verlebte er früher in Leipzig und später in Wiesbaden, Gustav Freytag, den der unglückliche Schweizer Künstler Karl Stauffer-Bern, für die Berliner Nationalgalerie malte, ist einer der volkstümlichsten Dichter und Schriftsteller. Von seinen Schriften sind am bekanntesten die Romane: »Soll und Haben«; »Die verlorene Handschrift«; »Die Ahnen«, (Roman in sechs Bänden); »Bilder aus der deutschen Vergangenheit«. Diese Meisterwerke sind teils von ersten deutschen Künstlern, wie z. B. Hermann Kaulbach (Sohn von Wilh. v. Kaulbach), auch von den bildenden und graphischen Künsten verewigt worden. Von seinen dramatischen Werken ist das beste: »Die Journalisten«, eines der besten deutschen Lustspiele überhaupt. Wie Goethe den Karl August als Freund und Gönner hatte, Richard Wagner: Ludwig II., so Gustav Freytag: den Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha. Am 30. April 1895 starb Gustav Freytag zu Wiesbaden und wurde einige Tage später in dem kleinen thüringischen Dorfe Siebleben begraben. Ernst v. Wildenbrud's Kranzspende lautete: »Stumm ist der Mund, es friert die Hand, und es schlummert der Meister; zu der lebendigen Welt spricht sein lebendiges Wort. Und auf seinem Grabstein auf dem Kirchhof in Siebleben steht zu lesen: »Tüchtiges Leben endet auf Erden nicht mit dem Tode, es dauert in Gemüt und Tun der Freuden, wie in den Gedanken und der Arbeit des Volkes.«



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Zum Ganzheitsnachweis des Schutzverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer.

Die Lithographen und Steindruckler Leipzigs beschafften sich in einer Versammlung am 30. Juni mit dem Vertragsbruch des Schutzverbandes auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung. In seinem Bericht wies Kollege E. Herbst einleitend auf die Arbeiterschutzgesetzentwürfe der Sozialdemokratie von 1885 und 1890, sowie auf die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse und Arbeitsnachweiskonferenzen hin. Das Gebiet ist viel umstritten; die Zersplitterung kann durch nichts übertroffen werden. Dazu kommt, daß sich die Scharfmacherverbände der Arbeitsvermittlung bemächtigt und regelrechte Kontroll- und Maßregelungsbüros eingerichtet. Die Kriegsverhältnisse haben mit sich gebracht, daß der Reichstag, die Gewerkschaften, humanitäre Vereine und Zusammenkünfte sich jetzt ausgiebig mit der Frage der Arbeitsvermittlung beschäftigen, Beschlüsse fassen und allerhand Eingaben machen. Man geht dabei von der richtigen Annahme aus, daß die anarchischen Zustände auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung bei Rückkehr der Kriegsteilnehmer und Überleitung der Kriegszeit in die Friedenswirtschaft zu katastrophalen Zuständen führen müssen. Deshalb sucht man Ordnung in die Dinge zu bringen. Am Widerstand der Scharfmacher, die die mißbräuchliche Verwendung ihrer Arbeitsnachweise nicht missen wollen, ist bisher alles gescheitert. Es ist indes nicht unmöglich, daß doch noch gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, denen auch die Scharfmacher leicht zustimmen können. — In unseren Berufen kann von einer besonderen Entwicklung der Arbeitsnachweise nicht gesprochen werden. Das Verbandsstatut sieht den Arbeitsnachweis schon immer vor, überläßt ihn aber den Mitgliedschaften. Dadurch mangelte es an jeder Verbindung untereinander

und jeder lebte für sich. Man muß sich wundern, daß dieser unhaltbare Zustand nicht schon längst beseitigt worden ist und es erst der üblen Erfahrungen während der Kriegszeit bedurfte, um eine Ausgleichsstelle zu schaffen. Die Stelle selbst kann keine Vermittlungen vornehmen, sondern verkehrt nur mit den zum Teil schon lange bestehenden Gaurbeitsnachweisen. Die Anforderung von Arbeitskräften seitens der Unternehmer kann nach wie vor nur bei den örtlichen und eigentlichen Nachweisen oder beim Gaurbeitsnachweis erfolgen. Am Betrieb des Nachweises hat sich also garnichts geändert, nur das System ist organisch gegliedert worden. Es handelt sich also um eine innere Angelegenheit des Verbandes. — Dieser nur uns angehenden Sache hat der Schutzverband den Kampf angesagt. In seiner Märznummer bringt der »Genosse Schlieffstein« (in der Zeitungsliste eingetragen unter dem Pseudonym: »Deutsches Steindruckgewerbe«) einen Teil des Berichtes unserer letzten Versammlung in zwangsläufiger Verbindung mit der Vereinbarung von 1912. Schon seit 1906 sind die Mitglieder des Schutzverbandes verpflichtet, den Arbeitsnachweis der Mitgliedschaften des Verbandes möglichst in erster Linie in Anspruch zu nehmen. Am 23. Januar 1912 erklärte der Vorsitzende des Schutzverbandes wörtlich: »Wir sind grundsätzlich bereit, den Arbeitsnachweis zu benutzen, aber es können auch Fälle vorkommen, wo es einzelnen Firmen einmal nicht möglich ist. In diesen Fällen soll man uns aber nicht nachtragen können, daß wir gegen den Vertrag verstoßen haben. Daher darf das Wort möglichst nicht gestrichen werden.« Wie ein großer Teil der Schutzverbandsmitglieder diesen Verpflichtungen nachgekommen ist, wissen wir. Nach dieser Richtung wurde schon immer Vereinbarungsbruch getrieben. Nunmehr aber hat der Schutzverband als solcher den wohl schon lange geplanten Vereinbarungsbruch begangen. Nach dem Motto: Halte den Dieb! sucht er dabei seine Spuren zu verwischen. Im ganzen haben wir es mit einer Kontroll- und Maßregelungseinrichtung schlimmster Sorte zu tun, wie sie andere Scharfmacherverbände schon haben. Obwohl sich in unserm Arbeitsnachweis nichts geändert hat, wirkt uns der Schutzverband Vereinbarungsbruch vor und mischt sich in unsere inneren Verhältnisse. Es fällt schwer, vor solcher Dreistigkeit zu erstarren oder sich zu ekeln, wie jene Scharfmacher ihr Treiben noch als vaterländisches Pflichtgefühl anvettern. Aus allem werden sich schwere Erschütterungen des Gewerbes ergeben, bis die besonderen Unternehmer der zügellosen Sportsucht des Schutzverbandes steuern. Eine sehr notwendige zentrale Beratung konnte noch nicht stattfinden; sie wird aber zu einheitlichen Abwehrmaßnahmen kommen. Inzwischen muß jeder Kollege so viel wissen, daß nur unser Nachweis zu benutzen ist. Wir werden dann auch diesen tödlichen Anfall des Schutzverbandes überwinden. Mehrere Kriegsteilnehmer schrieben hierzu: Laßt uns nur erst zurückkehren, das Handeln übernehmen wir; Entbehrungen und Strapazen haben uns andere Umgangsformen beigebracht — Nach umfänglicher Diskussion kam aus der Versammlung folgende Entschliebung, die auch angenommen wurde:

»Die neueste Tat des Schutzverbandes ist eine weitere Verletzung der Vereinbarung vom 27. Januar 1912 und hebt den § 11 dieses Vertrages auf. Das willkürliche Herausnehmen von Teilen aus der als Ganzes abgeschlossenen Vereinbarung ist von so großer Bedeutung, daß sich die Kollegenschaft alle Schlußfolgerungen ausdrücklich vorbehalten. Der Schutzverband benutzt das »vaterländische Pflichtgefühl« als Aushängeschild, seinen Treubruch zu verdecken, die Öffentlichkeit zu täuschen und den wahren Zweck seiner Tat zu verschleiern.

Die in Verbindung mit dieser Vertragsverletzung erhobenen Angriffe gegen den Ausbau unseres Arbeitsnachweises sind zurück zu weisen. Das Zusammenfassen der örtlichen Arbeitsnachweise unter einer zentralen Ausgleichsstelle war notwendig, um bradhlende Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt nutzbar zu machen. Das entspricht den Interessen des Gewerbes und entledigt uns gleichzeitig einer aus dem § 11 der Vereinbarung erwachsenen Pflicht. Es mußte deshalb erwartet werden, daß die Graphische Presse entschiedenere Töne in dieser Sache gefunden und der Hauptvorstand durch auszeichnende Publikationen der breiten Öffentlichkeit Kenntnis von dem vertragsbrüchigen Verhalten des Schutzverbandes gegeben hätte. Zum mindesten erwarten wir, daß der Hauptvorstand keine weiteren Versuche zur Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises mit dem Schutzverband unternimmt, bei dessen bekannter Vertragstreue einer solchen Einrichtung die reelle Grundlage fehlen würde. Dafür mag der Hauptvorstand aller »burgfriedlichen Dämpfungspolitik« entgeltlich den Laufpaß geben und mehr denn je dafür eintreten, daß sich die elende Lage der Berufsarbeiter bessert.

Der Unternehmer-Arbeitsnachweis ist zu sperren. Die Kollegen sind verpflichtet, nur den Gehilfenachweis zu benutzen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung teilte der Vorsitzende noch mit, daß 814 Mitglieder der beiden Sektionen Heeresdienste leisten, während noch 420 Mitglieder am Orte sind. Gegenüber dem Mitgliederbestand am 1. Juli 1914 ist ein Verlust

von 99 festzustellen, unter denen sich 56 Gefallene befinden. Weiter wurde noch mitgeteilt, daß die Firma Eckert & Pflug unter Sanktion des Schutzverbandes bei 22 Zeichnern 31 Lehrlinge hält und daß die bildungsfreundliche Firma sich weigert, für die unter solchen Umständen bedauernswerten Jungen das Schulgeld für die Fachschule zu zahlen. — Unter Verschiedenem wurde noch ein Protest gegen die Schreibweise der Metallarbeiterzeitung verlangt, die im Gegensatz zu unserer Eingabe, den Tabak für einen »geeigneten Steuergegenstand« erklärt hat. Diese Sache soll dem H.-V. zur Verfolgung übergeben werden. Damit erreichte die gutbesuchte Versammlung gegen 1/212 Uhr ihr Ende.

Jahresbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände am 15. Juni lag der Bericht der Generalkommission über die Zeit vom 1. Juni 1915 bis 31. Mai 1916 vor. Aus räumlichen Gründen kann derselbe hier nur im Auszuge wiedergegeben werden. Der Bericht enthält Mitteilungen über die sozialpolitische Tätigkeit, über die Kassengeschäfte nebst Jahresabrechnung, über das »Correspondenzblatt«, die »Oswiata« und den Broschüren- und Büchervertrieb, die Sozialpolitische Abteilung, das »Frauen-Gewerkschaftsblatt«, das Arbeiterinnen- und das Zentralarbeitersekretariat. Einleitend wird darauf hingewiesen, daß die in diesem wie im vorjährigen Bericht gegebenen Darstellungen der Verhandlungen mit den amtlichen Stellen über sozial- und wirtschaftspolitische Fragen, Vereinsrecht, Zensur und Kriegsbeschädigtenfürsorge mehr als ein bloß historisches Aktenstück sein werden.

Die in Aussicht gestellte Änderung des Vereinsgesetzes, die bei Drucklegung des Berichtes noch in der Beratung war, wird ausführlich behandelt. (Unterdessen ist die Novelle wie auch ein besonderer Gesetzentwurf, der den Sprachenparagraph aufhebt, am 5. Juni vom Reichstag angenommen worden.) Auch zum Koalitionsrecht der Eisenbahner, das durch eine Interpellation der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Bayern im Oktober 1915 wegen der Befreiung des bekannten Eisenbahner-Reverses zu Verhandlungen im Reichsamt des Innern führte, wurde erörtert. Der preussische Eisenbahnminister blieb bei dem geforderten Verzicht auf das Streikrecht, der von den Gewerkschaften nicht gegeben werden kann.

Auf Einladung des Bureaus für Sozialpolitik beteiligte sich die Generalkommission an einer freien Kommission zur Beratung der Ausgestaltung des Arbeiterrechts nach Abschluß des Krieges. Sie ist weiter in einem Freien Ausschuss für Erziehung und Bildungswesen, der Vorschläge für eine Reform des Schulwesens ausarbeitet, sowie im Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen vertreten.

Dann erwähnte der Bericht die ausgedehnte Mitarbeit bei der Kriegsbeschädigten-Fürsorge, für die eine besondere Abteilung und Materialiensammlung eingerichtet wurde. Die Gewerkschaftsvertreter haben sich in umfangreichem Maße zur Verfügung gestellt und betätigt. Leider finden diese nicht überall das nötige Entgegenkommen und Verständnis.

Den Beitritt zum Reichsverband der privaten Fürsorgevereine lehnte die Generalkommission im Interesse der einheitlichen Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge ab; ebenso einen Beitrag an die Fröbelvereine zur Errichtung von Unterrichtskursen und an den Verein für Wohltätigkeit und Armenpflege. Auch dem Hauptausschuss für Kriegserheimsstätten antwortete sie ablehnend mit der Begründung: das Wohnungswesen müsse für alle Volksangehörigen, nicht bloß für die Kriegsteilnehmer verbessert werden. Dagegen gewährt sie der Vereinigung für Krüppelfürsorge einen Jahresbeitrag von 1000 Mk. und entsandte den Genossen Sassenbach als Vertreter in den Beirat der vom Reichsamt des Innern eingerichteten Sonderausstellung von Ersatzgliedern für Kriegsbeschädigte (in der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg).

Eine von der Generalkommission gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen berufene Konferenz von Vertretern der Landesversicherungsanstalten verhandelte am 2. August 1915 über die Verwendung von Geldern der Landesversicherungsanstalten für Kriegsbeschädigtenfürsorge. Über diese Verhandlungen wurde durch eine Broschüre berichtet. Die Zentrale für Jugendfürsorge regte bei den Oberkommandos die Einführung des Sparzwanges für Jugendliche an. Gegen diese zwar wohlgemeinte, aber in ihrer Wirkung völlig verfehlte Anregung wandte sich die Generalkommission in einem Schreiben an die Zentrale, sowie in einem Artikel im »Correspondenzblatt.« Der Sparzwang wurde gleichwohl in mehreren Kommandobezirken eingeführt und die Erfahrungen haben diese Befürchtungen durchaus bestätigt. Bei den Verhandlungen über diese Frage im Reichshaushaltsausschuss ist eine einheitliche Regelung, die die Anwendung des Sparzwanges auf Ausnahmefälle beschränkt, in Aussicht gestellt.

Einer allgemeinen Bewegung für Teuerungenzulagen gemeinsam mit anderen Gewerkschafts-

richtungen konnte die Generalkommission in Rücksicht auf die durch Tarifverträge gebundenen Organisationen nicht zustimmen, sondern stellte anheim, das Ziel durch Einzelverhandlungen zu erreichen.

Die Materialien der Sozialpolitischen Abteilung sollen den Gewerkschaftsfunktionären durch bessere Verwertung im »Correspondenzblatt«, sowie durch Herausgabe einer sozialpolitischen Correspondenz mehr zugänglich gemacht werden. Zu diesem Zweck wurde die Redaktion des »Correspondenzblattes« mit der Sozialpolitischen Abteilung räumlich verbunden und von der Expedition getrennt, für die ein weiterer Beamter angestellt wurde.

Der Kassenbericht für das Jahr 1915 umfaßt eine Zeit, in welcher die Verminderung der Einnahmen und die Vermehrung der Ausgaben infolge der Kriegswirkungen noch weniger in die Erscheinung tritt. Die Gesamteinnahmen betragen (einschließlich eines Kassenbestandes von 315 098,96 Mk.) 917 617,54 Mk., wovon 284 425,80 Mk. auf Beiträge der Gewerkschaften, 60 397,40 Mk. auf zurückgezahlte Auslagen für die Bauausstellung, 6122,32 Mk. auf das »Correspondenzblatt«, 77,93 Mk. auf »L'Operaio Italiano«, 793,40 Mk. auf die »Oswiata« und 153 419,69 Mk. auf Unterstützungseinnahmen entfallen. Verausgabt wurden: für sächliche Verwaltung 18 011,05 Mk., persönliche Verwaltung 32 368,48 Mk., Bibliothek 2 613,01 Mk., Drucksachen 3 698,05 Mk., Kongresse und Konferenzen 14 005,74 Mk., Internationales Sekretariat 9234 Mk., Agitation und Zuschüsse an Sekretariate 152 939,40 Mk., Verlag 18 550,99 Mk., »Correspondenzblatt« 51 899,24 Mk., »L'Operaio Italiano« 2 155,33 Mk., »Oswiata« 8 696,69 Mk., Zentralarbeitersekretariat 20 576,49 Mk., Sozialpolitische Abteilung 23 024,69 Mk. und Unterstützungen 153 419,69 Mk.

Das »Correspondenzblatt« mußte seinen Umfang erheblich einschränken obgleich die Aufgaben des Blattes während der Kriegszeit zunahm. Die Stellungnahme der Correspondenzblätter führte zu den bekannten Polemiken, wobei es sich auf die Politik des 4. August 1914 stellte. Die Auflage des Blattes ist von 30 500 bei Kriegsbeginn auf 28 200 zurückgegangen. Die in polnischer Sprache herausgegebene »Oswiata« erscheint zur Zeit wieder monatlich im 3000 Exemplaren.

Die Generalkommission hat in der Berichtszeit folgende Schriften herausgegeben:

»Die Regelung des Arbeitsnachweises« (Konferenz vom 10. Februar 1915). Zwei Auflagen von 3000 und 1500.

Leipart, »Kriegsinvaliden und Gewerkschaften«. Auflage 15 000.

»Protokoll der Konferenz der Vertreter der Versicherten bei den Landesversicherungsanstalten.« Auflage 1500.

»Von Umlernen während des Krieges«. Aufl. 5000.

Umbreit, »25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung«. Zwei Auflagen von 5000 und 10 000.

R. Schmidt, »Die Gestaltung unserer künftigen Handelsverträge«. Auflage 12 000.

Außerdem wurden durch die Generalkommission verschiedene Schriften in größerer oder geringerer Zahl in Umsatz gebracht.

Die Sozialpolitische Abteilung hat sich während des Krieges durch die Vertretung der Konsumenteninteressen, durch Arbeiten zur Reform des Arbeitsnachweises, der Heimarbeit und den Beschäftigungsverhältnissen in der Textil- und Bekleidungsindustrie betätigt. Eine umfangreiche Pressetätigkeit, und zahlreiche Eingaben und Verhandlungen mit dem Reichsamt des Innern waren hiermit verbunden. Neue Probleme brachten die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Kriegswirtschaft und Volksernährung.

Das Zentralarbeitersekretariat fand ebenfalls auf seinen bisherigen wie auch durch den Krieg veranlaßten Gebieten reiche Betätigung. Die Mitarbeit in den Vorständen des »Nationalen Freundendienstes« und der Organisation »Kriegsspende deutscher Frauendank 1915« beanspruchte einen Teil der Tätigkeit des Sekretariats. Eine gemeinschaftliche Eingabe mit dem sozialdemokratischen Frauenbüro an den Reichstag verlangte die Wiedereinführung der außer Kraft gesetzten Schutzgesetze für Arbeiterinnen, Jugendliche und Kinder. Die seit 1. Januar 1916 herausgegebene »Gewerkschaftliche Frauenzeitung« hat jetzt schon eine Auflage von 75 000 Exemplaren erreicht.

Das Zentralarbeitersekretariat hat analog der Zahl der Rekurse beim Reichsversicherungsamt, einen Rückgang der zur Vertretung übergewiesenen Sachen zu verzeichnen. Ihre Zahl belief sich auf 1060 (1914: 1397, 1913: 2125, 1912: 2343, 1911: 2465, 1910: 2416). Sie betrafen fast ausschließlich die reichsgesetzliche Arbeiter- und Knappschaftsversicherung. Die Resultate der Vertretungen sind sachlich gegliedert aufgeführt.

Die Gesamtzahl der Posteingänge des Sekretariats betrug 6005, der Postausgänge 7956, der angefertigten Schriftsätze 1226. Die im Sekretariat redigierte Arbeiterrechtsbeilage, die im August 1914 ihr Erscheinen eingestellt hatte, wird seit dem Mai 1915 wieder monatlich herausgegeben. In ihr werden die wichtigsten Rechtsentscheidungen zum Gegenstand von Abhandlungen gemacht.

Die ausstehenden Wahlen für die Instanzen der Reichsversicherung sind durch Verlängerung der Amtsdauer der jetzigen Beisitzer um ein Jahr hinausgeschoben worden.

Wie werden sich die Löhne nach Friedensschluß gestalten?

In einer ihrer letzten Nummern bespricht die »Deutsche Arbeiterzeitung« in einer kurzen, aber vielsagenden Notiz die Gestaltung der Löhne nach Friedensschluß. Sie schreibt zunächst:

»Wie werden sich die Löhne nach Friedensschluß gestalten? Diese Frage wirft wohl jeder auf, der einen Blick auf die heutige Entwicklung der Löhne wirft und oft genug mit Erstaunen feststellen muß, zu welcher Höhe diese unter den besonderen Verhältnissen der Kriegswirtschaft emporgeschossen sind.«

Es ist erklärlich, daß das Unternehmerblatt geflissentlich bemüht ist, die »Lohnsteigerungen der Arbeiterschaft während der Kriegszeit« in einem Maße aufzubauchen und zu übertreiben, das mit den tatsächlichen Verhältnissen im schreiendem Widerspruch steht. Tatsache ist doch, daß breite Arbeiterschichten trotz der gewaltig gestiegenen Kosten der Lebenshaltung noch keine oder nur ungenügende Lohnerhöhungen erhielten und daß in großen Kreisen des Volkes die bitterste Not ein ständiger Gast geworden ist. Aber auch dort, wo nennenswerte Zulagen erreicht werden konnten, haben sie so gut wie nie einen vollständigen Ausgleich der Lebensmittelerhöhung und der Preissteigerung für die notwendigsten Bedarfsartikel herbeizuführen vermocht. Diese die Lohnsteigerungen oft weit übersteigenden Preissteigerungen kommen selbstverständlich nicht nur dem Handel, sondern auch zu einem guten Teil den Produzenten zugute, die nur dann ein Teilchen ihrer Kriegsgewinne in Form von Lohnzulagen an ihre Arbeiter wieder hergaben, wenn sie durch die Macht und den Einfluß der Arbeiterorganisation dazu gedrängt wurden. Aber immer nur ein Teilchen! Den Löwenanteil streichen die Unternehmer selber ein. Das durchsichtige Bemühen der Deutschen Arbeitgeberzeitung läuft also nur darauf hinaus, von der Tatsache der großen Kriegsgewinne weiter Kreise des Unternehmertums abzulenken durch das Geschrei über die riesigen Lohnsteigerungen, die für die Arbeiter in der Kriegszeit eingetreten sein sollten. Gleichzeitig soll aber durch dieses Geschrei auch für den »Abbau der Arbeiterlöhne nach Friedensschluß« der Boden bereitet werden, wie folgende Sätze der Notiz der Deutschen Arbeiterzeitung deutlich zeigen:

»Wenn die Arbeiterschaft sich darauf versteht, die hohen Löhne beizubehalten, dann wird eine schnelle und kräftige Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens auf große Hindernisse stoßen. Wir werden immerhin nach dem Kriege noch mit einem besonders starken Wettbewerb des Auslandes zu rechnen haben, und nur bei günstigen Produktionsbedingungen wird es möglich sein, diesen Kampf siegreich zu bestehen.«

Es genügt wohl, diese menschenfreundliche und burgfriedliche Auslassung festzunageln, um dem Arbeitern zu zeigen, welche Widerstände sie zu überwinden haben werden, wenn sie nach Friedensschluß einen gewissen Ausgleich zwischen ihrem Lohnverhältnissen und der gewaltigen Steigerung der Kosten der Lebenshaltung durchsetzen wollen. Einen guten Teil ihrer Kraft werden sie auf die Abwehr von Versuchen zur Verschlechterung ihrer Löhne verwenden müssen. Möchten die Arbeiter ohne Unterlaß für diese nach Friedensschluß in Aussicht stehenden Abwehrkämpfe durch die Stärkung ihrer Organisationen rüsten, was auch unseren Kollegen dringend an's Herz gelegt wird.

Die Tapetenbranche.

Arbeiterschädigende Vorschläge aus der Tapeten-Industrie.

Der Mangel an geeigneten Farbstoffen, an guten Klebstoffen und anderen zur Tapetenfabrikation notwendigen Materialien sowie die oftmals nicht ganz einwandfreie Beschaffenheit der Tapetenpapiere hat die Tapetenfabrikanten veranlaßt, nach Mitteln zu suchen, um sich Schadenersatzansprüche vom Halse zu halten. Ein solches Mittel glauben sie dadurch gefunden zu haben, daß sie ihren Rechnungen den Stempelaufdruck: »Während der Kriegszeit können Beanstandungen wegen Qualität der Papiere, Farben und Bindemittel usw. nicht berücksichtigt werden« beifügen. Ganz einwandfrei ist ein solches Verfahren sicher nicht, zumal die Händler die Waren zu guten Qualitätspreisen übernehmen sollen. Der Sturmlauf der Händler gegen diese Bestimmung ist deshalb wohl begreiflich. Mit Recht schreibt deshalb der Händler Riegelmeier in Nr. 10 der »Tapetenzeitung«, daß der Händler seinen Kunden offen eingestehen müßte, minderwertige Ware zu liefern und dadurch Ansehen und Reellität seines Geschäfts untergraben würde. Anstatt nun von den Fabrikanten zu verlangen, daß minderwertige Waren zu entsprechend niederen Preisen verkauft und als solche bezeichnet werden dürften, fragt er bei dem Unternehmerverbandsvorsitzenden Langhammer an, »ob der Tapetenbranche mehr geschadet wird durch Lieferung von minderwertiger Ware, oder ob die Industrie ihre Fabrikation einstellt«.

den »die meisten Tapetenhändler haben wohl auch genügendes altes Lager, um sich eine Zeitlang helfen zu können«. Die Verwirklichung des Riegelmeyerschen Vorschlags wäre gleichbedeutend mit der völligen Brotlosmachung der älteren militärfreien Tapetenarbeiter und der seit der Kriegszeit an Zahl vermehrten beschäftigten Arbeiterinnen. Wir glauben allerdings kaum, daß die Verbandsfabrikanten den mehr als eigentümlichen Vorschlag Riegelmeyers in die Tat umsetzen werden, zumal sie dadurch nur Wasser auf die Mühlen der vielen Nichtverbandsfabrikanten liefern würden, die die Gelegenheit wahrnehmen und durch erhöhte Produktion den Markt an sich reißen würden. Trotzdem bleibt der Vorschlag Riegelmeyers für die Tapetenarbeiterschaft beachtenswert, zeigt er doch, wie wenig Verständnis die verbandstreuen Tapetenhändler, und vielleicht auch manche Tapetenfabrikanten für die wirtschaftliche Lage der Tapetenarbeiter zeigen, sobald ihre Interessen gefährdet erscheinen.

Nicht viel mehr Verständnis als Riegelmeyer besitzt der schreiblustige Tapeten-»Toni« für die Lage der Musterzeichner und Formstecher. Diese Arbeitergruppen sind durch fortwährende Zurückstellungen der »neuen« und doch »alten« Musterkarten in eine sehr bedrängte Lage geraten, die auch dadurch für die Zukunft keine Besserung erhoffen läßt, daß die Tapetenfabrikanten bestrebt sind, die einjährige Musterkarte durch eine zweijährige zu ersetzen. Für die Tapetenmusterzeichner und Formstecher bedeutet der jetzige Zustand und die Einführung der zweijährigen Musterkarte große Arbeitslosigkeit. Mit Recht sprechen die Formstecher bei Einführung der zweijährigen Karte von einem »Feierjahr«, eine Behauptung, die von einsichtigen Tapetenfabrikanten anerkannt wurde. Anders der »Tapeten-Toni«. Er glaubt an kein »Feierjahr«, unterläßt es aber wohlweislich, den Gegenbeweis zu liefern und begnügt sich damit, daß er schreibt: »Ein Gedanke (das Feierjahr), welcher, wenn er richtig wäre, die davon Betroffenen ein Gruseln lehren könnte.« Glaub auch »Toni« an kein Feierjahr so rechnet er scheinbar selbst mit einer größeren Arbeitslosigkeit, denn er empfiehlt den Musterzeichnern, künstlerischer zu arbeiten und so die Arbeitsdauer der einzelnen Muster zu verlängern. Diese Anregung ist recht schön, wenn die »künstlerischen Muster« von den Fabrikanten entsprechend bezahlt werden. Leider sind nach »Toni« in Deutschland nur noch eine oder zwei Zeichnerwerkstätten vorhanden, die überhaupt wirkliche »künstlerische« Muster liefern können, alle anderen liefern schematische Massenarbeiten. In der Tapetenindustrie ist eben auch, wie in vielen andern Geschäftszweigen, der Künstler durch den Kapitalismus zum mechanischen Handlanger herabgedrückt worden. Diese Musterzeichner müssen aber nach der Tonischen Anschauung dann ganz aus der Tapetenbranche ausscheiden, obwohl sie persönlich auch nichts dafür können, daß sie keine wahren Künstler geworden sind, trotzdem sie noch heute mit dem hochtönenden Namen Künstler belegt werden. Die Ausschaltung dieser Kunsthandwerker aus der Tapetenbranche würde unter den heutigen Verhältnissen brutal wirken. Toni selbst schreibt über die Heranbildung dieser »Künstler«: »Wie gewissenlos man in der Lehrlingszüchterei verfahren ist, wie hier Menschen in einen Beruf gedrängt worden sind, welcher einst ihr Lebensberuf werden sollte, dies alles spottet der Beschreibung.« Auch wir sind keine Freunde der geschmacklosen Massen-Tapetenmuster und halten deshalb eine Veredlung der Muster für berechtigt. Doch jedes gute Ding will Weile haben, so auch die Heranbildung der Musterzeichner zu geschmackvolleren Arbeiten. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es nicht der Brotlosmachung des größten Teils der heutigen Musterzeichner und Formstecher, sondern einer Regelung des Lehrlingswesens, einer angemessenen Bezahlung der Muster und einer ausreichenden Beschäftigung der Zeichner und Formstecher durch Beibehaltung der einjährigen Musterkarten.

G. St.

Feuilleton.

Eine Erinnerung.

Als ich am ersten Pfingstfeiertage auf der Bank am Grabe eines alten Freundes und früheren Gesinnungsgenossen, der vor zwei Jahren gestorben war, saß und in Gedanken versunken über das Zusammen Erlebte nachdachte, tauchte mir darüber auch die Erinnerung auf, daß gerade 40 Jahre verflossen, als wir zu Pfingsten 1876 den zweiten »Senefelderbundestag« in Leipzig abgehalten haben. Mein Freund, der schon auf dem ersten Bundestag 1874 in Gotha Leipzig vertreten hatte, war damals der geistige Führer der sich der Gemeinschaft angeschlossenen Leipziger Kollegen, und als ausgesprochener Sozialdemokrat — er verkehrte mit in den Konventikeln von Bebel, Liebknecht und Motteler, — war er auch die bestgelaunte Person der Leipziger Prinzipale, und dessen Gesinnung entsprechend, waren die Anhänger des Verbandes als die vom roten Bund verschrien. — Nur Wenige von den Mitbegründern sind heute noch am Leben, nur Einzelne gehören dem Verband noch als Mitglied an, der Gedenktag ist vergessen und dennoch nimmt auch er eine Etappe in der Geschichte unserer Berufsorganisation ein. Bis zum Leipziger Bundestag hatte die Bewegung für die Sache wieder nachgelassen. An einigen Orten, die 1873 auf dem Kongreß in Würzburg und auf dem ersten Bundestag in Gotha vertreten waren, ist die Tätigkeit für den neuen Bund wieder eingestellt worden. Differenzen wegen der Tendenz des Organs, das schon die Unterstützung der Streiks befürwortete, sowie Uneinigkeit beim Personenwechsel am Zentralsitz in Nürnberg, hatten das Vertrauen in die Bestrebungen beeinträchtigt. Überhaupt herrschte über Zweck und Ziel der neuen Gründung noch an keinem Orte eine einheitliche Auffassung. Nur einzelne der führenden Kollegen zeigten ein Verständnis für gewerkschaftliche Fragen und suchten auch die Förderung der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse im Beruf anzustreben. Bei dem damals noch bestehenden Kleinbetrieb in unserem Gewerbe war der patriarchalische Geist zwischen Prinzipal und Gehilfe noch vorherrschend, den zu stören ein Teil der Gehilfen zu verhindern suchte. Daher war die Geistesrichtung der bis dahin angeschlossenen Mitglieder in der Mehrzahl für die Einrichtung von zentralen Unterstützungskassen über ganz Deutschland, sie wollten aber keine sozialdemokratischen Bestrebungen fördern. — Waren auf dem ersten Bundestag in Gotha noch 12 Orte vertreten, so sind es in Leipzig nur noch 8 Städte gewesen, welche ihre Vertreter zur Teilnahme an den Verhandlungen entsandt hatten. Es waren Delegierte anwesend von Bremen, Hamburg, Wandsbeck, Berlin, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M. und Nürnberg. Die Zahl der vertretenen Mitglieder war noch unbestimmt und konnte nicht genau angegeben werden. Es werden aber kaum 400 Mitglieder aufzuführen gewesen sein. Für Leipzig, wo eine rege Tätigkeit für den Senefelderbund entfaltet worden war, konnten 60 bis 70 zahlende Mitglieder in Frage kommen. In Berlin schien die Teilnahme zu jener Zeit noch am geringsten gewesen zu sein, denn auf die gestellte Frage an einen der vier anwesenden Mitglieder nach dem Mitgliederbestand, wurde mir die Antwort zuteil: »Wir sind fast alle hier.« Die Aussichten auf einen besseren künftigen Erfolg im Fortschreiten der Bewegung waren daher wenig ermutigend, was auch bei den Verhandlungen zum Ausdruck gekommen ist. Dabei kamen auch schon zwei Gedankengänge zum Austrag. Nur eine Minderheit von den anwesenden Delegierten trat auch für Förderung besserer Arbeitsbedingungen im Berufe ein, während die Mehrheit für das zentrale Unterstützungswesen auf Gegenseitigkeit auszubilden, geneigt war. Dieser Bundestag schloß deshalb ohne materielles Ergebnis ab. Man versprach zunächst für die ideelle Ausbreitung des Bundesgedanken eintreten zu wollen. In dieser Weise ist dann bis zum dritten Bundestag in Dresden mit sichtlichem Erfolg weiter gearbeitet worden. Als Beitrag wurde zu dieser Zeit monatlich 40 Pfennig erhoben; damit wollte man alle Probleme durch-

halten und lösen. Wie durch die Geschichte des Verbandes bereits bekannt geworden, hat dann der Bundestag zu Pfingsten 1878 in Dresden die Bestimmungen über gewerkschaftliche Bestrebungen aus dem Statut gestrichen und nur die über das Unterstützungswesen stehen gelassen. Die Furcht vor dem nahenden Sozialistengesetz hatte auch dazu beigetragen. Da in Nürnberg Unregelmäßigkeiten vorgekommen, wurde der Sitz des Bundes nach Leipzig verlegt. Indes war die Führung der Geschäfte daselbst nur von kurzer Dauer, denn beim Erlaß des Ausnahmegesetzes war Leipzig der erste Ort, wo dem Ortsverein die Weiterführung der Geschäfte, d. h. das Inverbindungtreten mit anderen Vereinen polizeilich untersagt wurde. Der Sitz ist dann nach Hamburg und 1882 nach Frankfurt a. M. verlegt worden. Nur allmählich hatte sich der Senefelderbund wieder das Vertrauen unter den Kollegen erwerben können. In Leipzig schlossen wir uns im Januar 1884 mit 8 Mitglieder wieder an. Erst die Errichtung der Zentral-Krankenkasse bei Einführung des Krankenversicherungsgesetzes verschaffte dem Senefelderbund dann einen Massenzuwachs von neuen Mitgliedern. Zu einem achtungswerten Ganzen wurde der Senefelderbund aber erst, nachdem die Zentralkrankenkasse mit der Allgemeinen Unterstützungswesen und Invalidenkasse im Jahre 1893 zusammengelegt worden war. Die Gründung der Gewerkschaftsorganisation, des Verbandes der Lithographen und Steindruckere im Jahre 1891 hatte dann in den folgenden Jahren zu einem unheilvollen Konkurrenzkampf geführt, der den Anlaß gab, eine Vereinigung der beiden Verbände anzustreben, die dann durch die Vermittelung im Jahre 1905 zur Wirklichkeit geworden ist. Damit war das Ideal einer einzigen starken Berufsorganisation, die wir 1873 angestrebt und nach der wir uns seit 1890 geseht haben, erreicht. Von der Macht der Geschlossenheit unserer Organisation gegenüber dem Kapitalismus legen die nächsten verflorenen Kämpfe und Errungenschaften bezeugen. Hoffen wir, daß unser Verband die schwere Krise, die uns der Krieg auferlegt hat, glücklich überstehen möge. Ein alter Kollege.

Vom Büchertisch.

»Arbeiterkultur und Krieg.« Von Heinrich Schulz, M. d. R. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 25 Pf. Inhalt: Kultur und Arbeiterkultur und Klassenkampf — Nationale und internationale Kultur — Die Organisation als Kampfmittel des Sozialismus — Krieg und Kultur — Klassengegensatz und Klassenkampf nach dem Krieg — Praktische Arbeit als Kulturbetätigung — Die Schulreform als Helferin der Arbeiterkultur — Die Arbeiterbildung als Kulturmittel — Schlußbetrachtung. — Die Schrift enthält den Inhalt zweier Vorträge, die Verfasser vor gewerkschaftlichen Funktionären gehalten hat. Der Verfasser hofft, daß seine Ausführungen in bescheidener Weise zur Klärung der Meinungsgegenstände in der deutschen Arbeiterbewegung beitragen werden.

In freien Stunden, die Romanzeitung der Arbeiterschaft, die im Vorwärts-Verlag unter Ernst Preczangs tüchtiger Leitung erscheint und trotz des Krieges gedeiht, hat im Juli einen neuen Band mit zwei ungemein wirkungsvollen Romanen begonnen. Der eine schildert den Kampf, den ein einzelner Mensch ratheternd aufnimmt gegen die Macht der Gesellschaft, die Neiderin und Zerstörerin seines Lebensglücks; der andere rollt ein Stück Menschenschicksals auf, das sich unter der Faust des Krieges gestaltet. Hermann Kurz Roman »Der Sonnenwirt« ist ein Meisterwerk deutscher Erzählerkunst, und auch Levin Schücking, dieser Freund Freiligraths, zählt, was sein Roman »Pulver und Gold« beweisen wird, zu den Schriftstellern, die sich das Herz ihrer Leser durch spannend aufgebauete Handlung sicher erobern. Wieder wirkt Josef Damberger an den Heften der Freien Stunden mit; er hat viele erregende Bilder zu der Geschichte des Sonnenwirts, des gefürchteten Räubers, geschaffen. Die Hefte erscheinen in wöchentlich Folge zu 15 Pf. Hoffentlich nehmen neue Scharen von Arbeiterlesern daran teil. Diese Wochenschrift, die eben jetzt im »Literarischen Echo« wärmste Anerkennung findet, verdient in der Tat allgemein Unterstützung.

Stellenangebote

Tüchtige Farbätzer

für Drei- u. Vierfarbentätzerungen in dauernde angenehme Stellung sofort gesucht. Gfl. Offert. mit Gehaltsansprüchen erbitten
Gebrüder Dietrich,
Kunstanstalt, Leipzig.

Farbenätzer,

perfekter Fertigmacher, gesucht. Angebote mit Angabe der Lohnansprüche und Antritt an

Eberhard Schreiber,

Leipzig, Täubchenweg 26.

Tüchtiger

Farbenphotograph,

eventuell auch Autophotograph, gesucht. Offerte mit Zeugnisabschriften an

A. Krampolek,

k. u. k. Hof-Photohemigraph,
Wien IV, Viktorgasse 14.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen tüchtigen

Reproduktions-Photographen

für Strich und Auto. Es kommen nur Kräfte in Betracht, die ihre Leistungsfähigkeit nachweisen können und die auf eine dauernde Stellung reflektieren. Angebote an Hiekel & Co., chemigraphische Kunstanstalt, Leipzig-Schönefeld, Schmidt-Rühlstr. 36.

Verschiedenes

Fachliteratur.

Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Conrad Müller, Schkeuditz.

Bei dem jetzigen mangelhaften Firmen- und Ersatz setzt man der Farbe mit Erfolg

„Matt-Lack“

zu. Kilo 5,— Mk.
„Harmalein“. Vorzüglicher-weiß-Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 5,—.

„Radium-Reiber“

Deutsches Reichspatent No. 269 755 zum Wiederherstellen von Lithographien und Umdrucken, gleichwie auf welche Art dieselben gelitten. Stets hilft ein überstreichen m. d. „Radium-Reiber“, welcher für ca. 200 Fälle genügt. Entsäuren, Nachmachen usw. fällt gänzlich weg. — Preis per Stück 15,— Mk. — F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.